



20. Wahlperiode

Frei 31.08

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 20/3513
31108120 Rd

Kleine Anfrage

Christoph Degen (SPD)

Verbot des Kultusministeriums zur Reduzierung von Klassengrößen im Präsenzunterricht

Vorbemerkung:

Mit Beginn des Schuljahres 2020/2021 trat der Hygieneplan Corona vom 12. August 2020 für die Schulen in Hessen in Kraft. Mit diesem Plan wurde die Beschulung in vollständigen Lerngruppen ohne Mindestabstand angeordnet. Aufgrund besonderer Rahmenbedingungen vor Ort und steigenden Infektionszahlen mit dem Covid10-Virus in der Region nach dem Feriende beabsichtigen einige weiterführende Schulen das Schuljahr für eine Übergangszeit zunächst mit einem strukturierten Wechsel aus Präsenz- und Fernunterricht zu beginnen. So hätten Klassengrößen reduziert, ein Mindestabstand leichter eingehalten und auch die Schülerbeförderung entlastet werden können. Zudem wären Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte, die zu einer sogenannten Risikogruppe zählen, eher bereit gewesen, trotz ihres Rechts auf Unterrichtsbefreiung am Präsenzunterricht teilzunehmen.

Berichten zufolge wurde solch ein strukturierter Wechsel von Präsenz- und Fernunterricht als präventive Maßnahme zur Eindämmung von Infektionen und damit zur Verhinderung von Schulschließungen sowie zur Steigerung des Sicherheitsgefühls von der Schulaufsicht abgelehnt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Kann aus ihrer Sicht ein strukturierter Wechsel aus Präsenz- und Fernunterricht auf der Basis eines tragfähigen Konzepts grundsätzlich sinnvoll so umgesetzt werden, dass es nicht oder kaum zu Beeinträchtigungen bei der Behandlung des Lehrplans kommt?
2. Welche technischen und sonstigen Voraussetzungen müssten gegeben sein, um einen solchen strukturierten Wechsel aus Präsenz- und Fernunterricht genehmigungsfähig umzusetzen?
3. Ist die Landesregierung grundsätzlich bereit, einen solchen strukturierten Wechsel aus Präsenz- und Fernunterricht für einen beschränkten Zeitraum als präventive Maßnahme gegen die Ausbreitung des Covid19-Virus sowie zur Steigerung des Sicherheitsgefühls der Schulgemeinde zuzulassen?
4. Wie viele weiterführende Schulen haben zu Beginn des Schuljahrs 2020/2021 beabsichtigt, zunächst Lerngruppengrößen im Schulgebäude durch einen strukturierten Wechsel aus Präsenz- und Fernunterricht zu reduzieren? (Bitte nach Schulamtsbezirk darstellen.)
5. In wie vielen Fällen wurde ein solches Konzept für einen beschränkten Zeitraum genehmigt?
6. In wie vielen Fällen wurde ein solches Konzept abgelehnt?

Wiesbaden, den 31. August 2020


Christoph Degen